

54. Schleswig-Holsteinischer Bau- und Vergaberechtstag am 18. März 2022 in Neumünster

“Paradigmenwechsel bei der Berechnung von Mehrvergütungsansprüchen nach VOB/B?” Die Folgen des BGH-Urteils vom 08.08.2019 in der Instanzenrechtsprechung

Referent:

Geschäftsführer Rechtsanwalt (Syndikusrechtsanwalt) Stefan Lübke
Bauindustrieverband Hamburg Schleswig-Holstein e. V.
Geschäftsstelle Schleswig-Holstein
Ringstraße 54, 24103 Kiel

- I. Einleitung / Rückblick**
- II. Urteil des BGH vom 08.08.2019, Az.: VII ZR 34/18**
- III. Folgewirkungen in der Instanzenrechtsprechung -
Nachtragsberechnung nach § 2 Abs. 5, Abs. 6 VOB/B**
- IV. Fazit**
- V. Ausblick**

I.

Einleitung / Rückblick

1. “Traditionelle“ Sichtweise

Ingenstau/Korbion, 20. Auflage, § 2 Abs. 3, Rn. 17:

„Ausgangspunkt für die Berechnung des neuen Preises sind die Preisermittlungsgrundlagen des bisherigen Einheitspreises. Es ist somit nicht zulässig, die bisherigen Preisermittlungsgrundlagen des alten Preises völlig außer Acht zu lassen und nur neue Preisermittlungen anzustellen. Es ist nämlich zu bedenken, dass mitbestimmendes Motiv für das Vertragsangebot und dessen Annahme nicht nur die bloßen Zahlen des Angebots gewesen sind, sondern auch deren Ermittlung, also die Berechnungsgrundlagen.“

*Grundsätzlich gilt dies **ohne Rücksicht** darauf, ob der Auftragnehmer dabei einen „**schwachen**“ oder ob er einen „**satten**“ Preis kalkuliert hat, der Gegenstand der vertraglichen Preisabsprache geworden ist. Die Forderung, dass sich die Parteien bei der Festlegung des neuen Einheitspreises an die **Preisermittlungsgrundlagen für die bisherige Leistung** halten sollen, ist daher ein Ausdruck der vertraglichen Vereinbarung. Es handelt sich um eine vertraglich geregelte Preisanpassung, soweit über 10 % hinausgehende Mehrmengen in Rede stehen.“*

Ingenstau/Korbion, 20. Auflage, § 2 Abs. 5, Rn. 51:

*„... wie der Unternehmer den Preis für die geänderte Leistung kalkuliert hätte, wenn er bei der Kalkulation Kenntnis von der geänderten Leistung gehabt hätte. Das bedeutet, dass das **Preisgefüge**, das durch die geänderte Leistung nicht betroffen ist, nicht berührt wird. Bezüglich der geänderten Leistung ist nicht auf die tatsächlichen Mehr- oder Minderkosten abzustellen, **sondern auf die vertraglichen Grundlagen der Preisermittlung.**“*

so auch ständige Rechtsprechung z. B.:

⇒ OLG Hamm, Urteil vom 14.10.2016, Az.: 12 U 67/15

Es ist die Frage zu stellen, wie der Auftragnehmer die Kosten kalkuliert hätte, wenn er bereits bei seinem Angebot von ihnen gewusst hätte. Dazu ist darzulegen, wie die Vertragspreise und deren einzelnen Bestandteile ursprünglich kalkuliert wurden. **Es sind die kalkulierten - nicht die tatsächlichen - Einzelkosten der Teilleistungen darzulegen.** Dazu kommen die Baustellengemeinkosten, die allgemeinen Geschäftskosten und der Zuschlag für Wagnis und Gewinn.

⇒ **erste „Signale“ durch den BGH mit Urteil vom 14.03.2013, Az.: VII ZR 142/12:**

*„Gehen die Parteien **übereinstimmend** davon aus, dass die Berechnung des neuen Preises im Wege einer Fortschreibung der dem Vertrag zu Grunde liegenden Kalkulation des Auftragnehmers (und nicht anhand tatsächlicher oder üblicher Kosten) zu erfolgen hat, **ist das Gericht daran gebunden.**“*

I. Einleitung / Rückblick

2. Inkrafttreten des „neuen Bauvertragsrechts“ mit Wirkung zum 01.01.2018

- erstmalige Kodifizierung des Bauvertrages als Spezialfall des Werkvertrages mit Aufnahme von Regelungen für Leistungsänderungen und deren Vergütung

§ 650 c Abs. 1 Satz 1:

*„Die Höhe des Vergütungsanspruchs für den infolge einer Anordnung des Bestellers nach § 650 b Abs. 2 vermehrten oder verminderten Aufwand ist nach den **tatsächlich erforderlichen Kosten** mit angemessenen Zuschlägen für allgemeine Geschäftskosten, Wagnis und Gewinn zu ermitteln.“*

I. Einleitung / Rückblick

⇒ **keine vorkalkulatorische Preisfortschreibung, aber Vermutungsregelung in § 650 c Abs. 2 BGB:**

*„Der Unternehmer kann zur Berechnung der Vergütung für den Nachtrag auf die Ansätze in einer vereinbarungsgemäß hinterlegten Urkalkulation zurückgreifen. Es wird **vermutet**, dass die auf Basis der Urkalkulation fortgeschriebene Vergütung der Vergütung nach Abs. 1 entspricht.“*

II.

Urteil des BGH vom 08.08.2019, Az.: VII ZR 34/18

II. Urteil des BGH vom 08.08.2019, Az.: VII ZR 34/18

1. Sachverhalt

Der AN wird vom AG im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung unter Geltung der VOB/B u.a. mit der Entsorgung von Bauschutt mit einem Vordersatz von 1 t beauftragt. Der AN bot einen EP in Höhe von 462,- Euro pro t netto an. Entsorgt wurden 84 t, sodass der AN mit der Schlussrechnung zu dem angebotenen EP von 464,- Euro pro t insgesamt über 46.000,- Euro abrechnet.

II. Urteil des BGH vom 08.08.2019, Az.: VII ZR 34/18

Auftragskalkulation:

Deponie- und Transportkosten	292,00 Euro
Containerstellung	60,00 Euro
Fremdleistung	352,00 Euro
Aufschlag 20 %	<u>70,40 Euro</u>
Zwischensumme	422,40 Euro
Verladekosten als Eigenleistung	40,00 Euro
EP pro Tonne	462,40 Euro

II. Urteil des BGH vom 08.08.2019, Az.: VII ZR 34/18

Der AG verlangt Mehrmenge ab 1,1 t eine Anpassung des EPs. Der AN teilt die tatsächlich angefallenen Kosten wie folgt mit:

Deponie- und Transportkosten	64,20 Euro
Containerstellung	27,37 Euro
Fremdleistung	ca. 92,00 Euro
Aufschlag 20 %	<u>18,40 Euro</u>
Zwischensumme	110,40 Euro
Verladekosten Eigenleistung	40,00 Euro
EP pro Tonne	150,40 Euro

Diesen Betrag zahlte der AG aufgrund der oben stehenden Berechnung an den AN aus. Der AN erhebt Zahlungsklage für die über 110 %ige Mehrmenge.

II. Urteil des BGH vom 08.08.2019, Az.: VII ZR 34/18

2. Leitsätze des Urteils vom 08.08.2019

1. Wie die Vergütungsanpassung bei Mengenmehrungen vorzunehmen ist, wenn eine Einigung über den neuen Einheitspreis nicht zu Stande kommt, ist in § 2 Abs. 3 Nr. 2 VOB/B **nicht geregelt**. Die Bestimmung gibt nur vor, dass bei der von den Parteien zu treffenden Vereinbarung über den neuen Preis Mehr- oder Minderkosten zu berücksichtigen sind. Die VOB/B legt die Verantwortung für die neue Preisbestimmung, durch die etwaigen Störungen des Äquivalenzverhältnisses entgegengewirkt werden soll, damit in **die Hände der Vertragsparteien**, die unter Berücksichtigung der geänderten Umstände einen neuen Preis aushandeln sollen.

II. Urteil des BGH vom 08.08.2019, Az.: VII ZR 34/18

2. Abgesehen von der in § 2 Abs. 3 Nr. 2 VOB/B vorgesehenen Einigung auf einen neuen Einheitspreis können die Vertragsparteien sowohl **bei Vertragsschluss** für den ungewissen Fall, dass Mengenmehrungen im Sinne dieser Bestimmung eintreten, als auch **nachträglich**, sobald aufgrund konkret eingetretener Mehrmengen ein neuer Einheitspreis verlangt wird, sich über einzelne **Teilelemente** der Preisbildung verständigen. Sie können etwa einen bestimmten Maßstab bzw. einzelne Kriterien oder Faktoren festlegen, nach denen im konkreten Fall der neue Einheitspreis nach § 2 Abs. 3 Nr. 2 VOB/B bestimmt werden soll.

II. Urteil des BGH vom 08.08.2019, Az.: VII ZR 34/18

3. Haben sich die Parteien nicht insgesamt oder im Hinblick auf einzelne Elemente der Preisbildung geeinigt, enthält der Vertrag eine **Lücke**, die im Wege der ergänzenden Vertragsauslegung gemäß §§ 133, 157 BGB zu schließen ist. Dabei entspricht es der **Redlichkeit** und dem bestmöglichen Ausgleich der wechselseitigen Interessen, dass durch die unvorhergesehene Veränderung der auszuführenden Leistungen im von § 2 Abs. 3 Nr. 2 VOB/B bestimmten Umfang **keine der Vertragsparteien eine Besser- oder Schlechterstellung erfahren soll.**

II. Urteil des BGH vom 08.08.2019, Az.: VII ZR 34/18

4. Die im Rahmen der ergänzenden Vertragsauslegung vorzunehmende Abwägung der beiderseitigen Interessen der Parteien nach Treu und Glauben ergibt, dass - **wenn nichts anderes vereinbart ist** - für die Bemessung des neuen Einheitspreises bei Mehrmengen i.S.v. § 2 Abs. 3 Nr. 2 VOB/B die **tatsächlich erforderlichen Kosten zuzüglich angemessener Zuschläge maßgeblich sind**.

III.

Folgewirkungen in der Instanzenrechtsprechung - Nachtragsberechnung nach § 2 Abs. 5, Abs. 6 VOB/B

III. Folgewirkungen in der Instanzenrechtsprechung - Nachtragsberechnung nach § 2 Abs. 5, Abs. 6 VOB/B

Zur Erinnerung:

- § 2 Abs. 3 Ziff. 2 VOB/B:

*„Für die über 10 von 100 hinausgehende Überschreitung des Mengenansatzes ist auf Verlangen ein neuer Preis unter Berücksichtigung der **Mehr- oder Minderkosten** zu vereinbaren.“*

- § 2 Abs. 5 VOB/B:

*„Werden durch Änderung des Bauentwurfs oder anderer Anordnungen des AG die Grundlagen des Preises für eine im Vertrag vorgesehene Leistung geändert, so ist ein neuer Preis unter Berücksichtigung der **Mehr- oder Minderkosten** zu vereinbaren. ...“*

- § 2 Abs. 6 Ziff. 2 VOB/B:

*„Die Vergütung bestimmt sich nach den **Grundlagen der Preisermittlung** für die vertragliche Leistung und den **besonderen Kosten** der geforderten Leistung. ...“*

III. Folgewirkungen in der Instanzenrechtsprechung - Nachtragsberechnung nach § 2 Abs. 5, Abs. 6 VOB/B

1. KG Urteil vom 27.08.2019, Az.: 21 U 160/18:

1. Bemessungsgrundlage des Mehrvergütungsanspruchs aus § 2 Abs. 5 und 6 VOB/B sind die tatsächlichen Mehr- oder Minderkosten, die dem Unternehmer aufgrund der Leistungsänderung entstehen, sofern die Parteien nichts Abweichendes vereinbart haben.
2. Die **Preiskalkulation** des Unternehmers ist nur ein **Hilfsmittel** bei der Ermittlung dieser Kostendifferenz. Im Streitfall kommt es nicht auf die Kosten an, die der Unternehmer in seiner Kalkulation angesetzt hat, sondern auf diejenigen, **die ihm bei Erfüllung des nicht geänderten Vertrags tatsächlich entstanden wären.**
3. Allerdings dient die Kalkulation dazu, die Kosten anzugeben, die dem Unternehmer durch die Vertragsdurchführung entstehen. Daraus folgt: Soweit die **Kalkulation**, auf die sich ein Unternehmer in einem Rechtsstreit bezieht, **unstreitig bleibt**, ist die von ihm auf dieser Grundlage errechnete Mehrvergütung im Zweifel auf Grundlage seiner tatsächlichen Mehrkosten ermittelt und also maßgeblich nach § 2 Abs. 5 und 6 VOB/B.
4. ...

2. OLG Düsseldorf Urteil vom 19.12.2019, Az.: 5 U 52/19:

Der vom BGH in seinem Urteil vom 08.08.2019 aufgestellte **Grundsatz**, dass für die Bemessung des neuen Einheitspreises bei Mehrmengen i.S.v. § 2 Abs. 3 Nr. 2 VOB/B die tatsächlich erforderlichen Kosten zuzüglich angemessener Zuschläge maßgeblich sind, findet auch bei der Ermittlung des neuen Einheitspreises von geänderten Leistungen i.S.v. **§ 2 Abs. 5 VOB/B** Anwendung.

3. OLG Frankfurt Urteil vom 21.09.2020, Az.: 29 U 171/19:

Der Grundsatz, dass für die Bemessung des neuen Einheitspreises bei Mehrmengen (§ 2 Abs. 3 Nr. 2 VOB/B) die tatsächlich erforderlichen Kosten zzgl. angemessener Zuschläge maßgeblich sind, findet auch bei der Ermittlung des neuen Einheitspreises von geänderten Leistungen (§ 2 Abs. 5 VOB/B) Anwendung.

In den Entscheidungsgründen heißt es u.a.:

„Der AN kann sich zur Berechnung eines Nachtrags demgemäß nicht mehr auf die Fortschreibung ggf. willkürlich gewählter Ansätze aus seiner ursprünglichen Kalkulation berufen, die nicht Gegenstand der vertraglichen Einigung ist.“

III. Folgewirkungen in der Instanzenrechtsprechung - Nachtragsberechnung nach § 2 Abs. 5, Abs. 6 VOB/B

4. OLG Brandenburg Urteil vom 22.04.2020, Az.: 11 U 153/18:

..., findet auch bei der Ermittlung des neuen Einheitspreises von zusätzlichen Leistungen i.S.v. § 2 Abs. 6 VOB/B Anwendung.

In den Entscheidungsgründen heißt es u. a.:

*„Während aufgrund des gleichen Wortlautes einiges dafürspricht, dass die vorbenannten Grundsätze auf die Regelung des § 2 Abs. 5 VOB/B angewendet werden können, verhält es sich in der Bestimmung zur Mehrvergütung zusätzlicher Leistungen i.S.d. § 2 Abs. 6 Nr. 1 VOB/B **insofern anders**, als in § 2 Abs. 6 Nr. 2 VOB/B eine Regelung zur Bestimmung des Preises dahingehend getroffen worden ist, dass diese sich nach den Grundlagen der Preisermittlung für die vertragliche Leistung, also der Urkalkulation richtet. Der Rückgriff auf die Urkalkulation hat zum einen durch die Berücksichtigung der besonderen (allerdings nicht näher bezeichneten) Kosten der geforderten Leistung in der Regelung selbst schon eine Beschränkung erfahren. ...*

III. Folgewirkungen in der Instanzenrechtsprechung - Nachtragsberechnung nach § 2 Abs. 5, Abs. 6 VOB/B

*Die Regelung des § 2 Abs. 6 Nr. 2 VOB/B macht **trotz seines Wortlautes** mit seiner Bezugnahme auf die Urkalkulation **keine Ausnahme**. Denn es ist nicht ausschließlich auf diese abzustellen, sondern es sind ebenfalls ... die besonderen Kosten der geforderten Leistung zu berücksichtigen, wobei allerdings offen ist, was mit den besonderen Kosten gemeint ist und auf welcher Grundlage ihre Berechnung erfolgen soll. Gleichwohl wird mit der Bestimmung im zweiten Halbsatz des § 6 Abs. 6 Nr. 2 Satz 1 VOB/B zum Ausdruck gebracht, dass auch hier wie bei allen anderen Leistungsänderungen das Äquivalenzprinzip gelten soll. Eine Auslegung kann daher nur im Lichte des **Äquivalenzprinzips** erfolgen. ...*

III. Folgewirkungen in der Instanzenrechtsprechung - Nachtragsberechnung nach § 2 Abs. 5, Abs. 6 VOB/B

*Dass die Bestimmung des Preises für geforderte zusätzliche Leistungen anderen Regeln als die anderer Leistungsänderung folgen sollen, ist im Hinblick auf das Äquivalenzprinzip **nicht nachvollziehbar.***

III. Folgewirkungen in der Instanzenrechtsprechung - Nachtragsberechnung nach § 2 Abs. 5, Abs. 6 VOB/B

5. OLG Köln Urteil vom 03.02.2021, Az.: 11 U 136/18 - nicht rechtskräftig!

1. Zu den Mehr- und Minderkosten einer geänderten oder zusätzlichen Leistung gehören auch die Kosten eines Stillstands von Baugeräten, die zur Ausführung anderer Leistungspositionen (Folgegewerke) benötigt werden, wenn sich diese aufgrund der geänderten oder zusätzlichen Leistung zeitlich verschieben.

III. Folgewirkungen in der Instanzenrechtsprechung - Nachtragsberechnung nach § 2 Abs. 5, Abs. 6 VOB/B

2. Auch in § 2 Abs. 5 und 6 VOB/B ist **nicht geregelt**, wie die Vergütungsanpassung bei geänderten oder zusätzlichen Leistungen zu ermitteln ist, wenn die Parteien hierüber **keine Einigung** getroffen haben.

III. Folgewirkungen in der Instanzenrechtsprechung - Nachtragsberechnung nach § 2 Abs. 5, Abs. 6 VOB/B

3. Haben die Parteien über die Vergütung für geänderte oder zusätzliche Leistungen, deren Ermittlung oder einzelne Preiselemente **keine Einigung** getroffen, enthält der Vertrag eine **Regelungslücke**, die im Wege der ergänzenden Vertragsauslegung zu füllen ist. Es entspricht - ebenso wie im Falle von Mengenmehrungen gem. § 2 Abs. 3 Nr. 2 VOB/B - der **Redlichkeit** und dem bestmöglichen Interessenausgleich, die Vergütung nach den tatsächlich erforderlichen Kosten zuzüglich angemessener Zuschlägen für Allgemeine Geschäftskosten sowie Wagnis und Gewinn zu ermitteln.

III. Folgewirkungen in der Instanzenrechtsprechung - Nachtragsberechnung nach § 2 Abs. 5, Abs. 6 VOB/B

4. Hält der Auftraggeber im Rahmen der Berechnung eines Nachtrags nach § 2 Abs. 5 oder 6 VOB/B eine Kostenposition schon im Grundsatz für nicht ersatzfähig (hier Kosten aufgrund der bauzeitlichen Auswirkungen auf andere Leistungspositionen), kann eine ausdrückliche oder stillschweigende Einigung der Parteien auf die Berechnung dieser Kosten regelmäßig nicht angenommen werden.

III. Folgewirkungen in der Instanzenrechtsprechung - Nachtragsberechnung nach § 2 Abs. 5, Abs. 6 VOB/B

Aus den Entscheidungsgründen:

„Diese Formulierung weicht zwar von derjenigen des § 2 Abs. 3 VOB/B ab, legt aber im Ergebnis auch **keinen genauen Berechnungsweg** fest. Denn einerseits sollen die Grundlagen der bisherigen Preisermittlung, andererseits aber auch die besonderen Kosten der geforderten Leistung berücksichtigt werden. Damit lässt aber auch diese Regelung **hinreichenden Raum für eine interessengerechte ergänzende Vertragsauslegung** mit dem Ergebnis einer Mehrvergütungsberechnung auf der Grundlage der tatsächlichen Mehrkosten. Auch dies schließt die Berücksichtigung der bisherigen Preisermittlung, so wie es § 2 Abs. 6 VOB/B vorsieht, durchaus mit ein, weil auch dann für die Ermittlung der hypothetischen tatsächlichen Kosten der Ursprungsleistung auf die Urkalkulation zurückgegriffen werden kann, so wie dies § 650 c Abs. 2 BGB nunmehr auch ausdrücklich vorsieht.“

5. Annex:

**a) Anwendung der 80 %-Regelung nach § 650 c Abs. 3 BGB auch
im VOB/B-Vertrag?**

KG Urteil vom 02.11.2021, Az.: 27 U 120/21:

1. Auch im VOB-Vertrag kann der Auftragnehmer bei der Berechnung von geschuldeten Abschlagszahlungen **80 %** der Nachtragsvergütung ansetzen und im einstweiligen Verfügungsverfahren geltend machen. Das gilt selbst dann, wenn die VOB/B **“als Ganzes“** vereinbart ist.
2. Abschlagszahlungen können im Rahmen eines VOB-Vertrages nur verlangt werden, wenn eine der Abschlagszahlung entsprechende vertragsgemäße Bauleistung erbracht worden und die Abschlagsrechnung prüfbar ist.

III. Folgewirkungen in der Instanzenrechtsprechung - Nachtragsberechnung nach § 2 Abs. 5, Abs. 6 VOB/B

3. Als vertragsgemäß sind alle Leistungen anzusehen, für die dem Auftragnehmer gem. § 2 VOB/B eine (Nachtrags-)Vergütung zusteht. Nicht erforderlich ist, dass eine Vereinbarung über die geänderte oder zusätzliche Vergütung zu Stande gekommen ist.
4. Der Auftraggeber kann im **einstweiligen Verfügungsverfahren** feststellen lassen, dass der Auftragnehmer vorläufig nicht berechtigt ist, Abschlagszahlungen i.H.v. 80 % des Betrags aus einem Nachtragsangebot geltend zu machen.

III. Folgewirkungen in der Instanzenrechtsprechung - Nachtragsberechnung nach § 2 Abs. 5, Abs. 6 VOB/B

5. Der Auftragnehmer muss in einem einstweiligen Verfügungsverfahren seinen Anspruch auf geänderte oder zusätzliche Vergütung darlegen und glaubhaft machen, wozu bei einem Anspruch auf zusätzliche Vergütung aus § 2 Abs. 6 VOB/B gehört, dass er dem Auftraggeber den Anspruch vor der Ausführung angekündigt hat.

III. Folgewirkungen in der Instanzenrechtsprechung - Nachtragsberechnung nach § 2 Abs. 5, Abs. 6 VOB/B

b) Anwendung der einstweiligen Verfügung nach § 650 d BGB auch für Nachträge aufgrund der VOB/B?

KG Urteil vom 02.03.2021, Az.: 21 U 1098/20:

1. Ein Streit um eine nach § 2 Abs. 5 bis 7 VOB/B zu bestimmende Mehrvergütung ist von den in § 650 d BGB erwähnten "Streitigkeiten über die Vergütungsanpassung gem. § 650 c BGB" mit umfasst.
2. Die Dringlichkeitsvermutung von § 650 d BGB begünstigt auch Verfügungsanträge, die auf einstweilige Zahlungen an den Unternehmer gerichtet sind.
3. Die Dringlichkeitsvermutung entfällt nicht, wenn der Unternehmer seine Leistungen abgeschlossen hat und Schlussrechnungsreife eingetreten ist.
4. ...

IV.

Fazit

- ⇒ Anwendung der neuen Rechtsprechung für alle lfd. Verträge
- ⇒ Geltung der neuen Rechtsprechung auch für „reine“ VOB/B-Verträge
- ⇒ Schließen der „Regelungslücke“ durch gesonderte Vereinbarung, die sowohl zeitlich vorher als auch nachträglich getroffen werden kann und sich auch nur auf Teilaspekte beziehen kann.

Fraglich: Geht dies auch durch AGB?

- ⇒ Urkalkulation bleibt Hilfsmittel für die Praxis für die vermuteten tatsächlich erforderlichen Kosten
- ⇒ Geltung auch für bauzeitliche Anordnungen (s.o. OLG Köln, anhängiges Revisionsverfahren)

V.

Ausblick

⇒ Zukunft der VOB/B

Beschluss des Hauptausschusses Allgemeines des DVA zur VOB/B vom 18.01.2018:

„Der Hauptausschuss Allgemeines hat ... die VOB/B vor dem Hintergrund des am 01.01.2018 in Kraft getretenen gesetzlichen Bauvertragsrecht im BGB auf Aktualisierungsbedarf geprüft. Der HAA fasst mehrheitlich den Beschluss, die VOB/B zunächst unverändert zu lassen. Dem Beschluss liegen folgende Erwägungen zugrunde:

Der HAA präferiert eine Weiterentwicklung der VOB/B, hält es jedoch für erforderlich, zunächst die aktuelle Diskussion zum BGB-Bauvertrag in der Fachwelt und die Rechtsprechung zu beobachten. Neuregelungen in der VOB/B wären zum aktuellen Zeitpunkt verfrüht: Die Praxis müsste sich zeitgleich zum Inkrafttreten des gesetzlichen Bauvertragsrechts im BGB auch auf eine veränderte VOB einstellen, die erforderliche Rechtssicherheiten neuer VOB/B-Regelungen wäre mangels gesicherter Auslegung des BGB-Bauvertrags jedoch nicht gewährleistet.

Der HAA wird die Entwicklung der Rechtsprechung zum neuen gesetzlichen Bauvertragsrecht, insbesondere unter AGB-rechtlichen Aspekten, verfolgen und daraus ggf. Veränderungsbedarf in der VOB/B ableiten.“

⇒ **Erstmaliger Entwurf des Bundesministerium des Inneren für Bau- und Heimat (Vorsitz und Geschäftsstelle des DVA) einer überarbeiteten VOB/B vom 04.12.2020**

Die im DVA vertretenen Auftragnehmer lehnten diesen Vorschlag als weitere Diskussionsgrundlage vollständig ab.

- Alternativvorschlag der Auftragnehmerverbände, u.a. veröffentlicht auf der Seite des BDI sowie der Bauindustrie:

<https://www.bauindustrie.de/themen/news-detail/bauen-statt-streiten-partnerschaft-durch-neue-vob-b>

- Arbeitsentwurf zur Reform der VOB/B auf Grundlage DVA vom 08.12.2021
- weitere Verhandlungen (nächste Sitzung des HAA am 24.03.2022)

